

Statement

Seite 1/4

Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)

Pressekonferenz zum Konsolidierten Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken 2023

9. Juli 2024

**Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR**

Melanie Schmergal
Abteilungsleiterin
Kommunikation und
Öffentlichkeitsarbeit
Pressesprecherin

Cornelia Schulz
Pressesprecherin

Steffen Steudel
Pressesprecher

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin
linkedin.com/company/bvrberlin/

Meine Damen, meine Herren, ganz herzlich begrüße ich Sie gemeinsam mit meinen Vorstandskollegen Tanja Müller-Ziegler und Daniel Quinten zur traditionellen Sommerpressekonferenz des BVR. Wir möchten Ihnen heute den konsolidierten **Jahresabschluss** der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken vorstellen und natürlich in diesen bewegten Zeiten auch auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schauen. Nach einem von zinsbedingten Wertberichtigungen geprägten Vorjahr kann die genossenschaftliche FinanzGruppe ein stark gestiegenes Ergebnis vor Steuern in Höhe von 14,4 Milliarden Euro für das Jahr 2023 vorlegen. Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich um 8,6 Prozent auf 143,2 Milliarden Euro. Dieses starke Ergebnis ist wichtig, denn wir erleben einen umfassenden Wandel in Europa und der Welt – in der Politik und in der Wirtschaft. Geopolitische Veränderungen, Demografie, Digitalisierung mit KI als Treiber und Dekarbonisierung. Die genossenschaftliche FinanzGruppe steht bereit für Investitionen in die Zukunft und ist stabil aufgestellt. Das Ergebnis 2023 ist auch ein Ausdruck der erfolgreichen gemeinsamen Strategiarbeit der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Wie entwickelt sich nun das Umfeld im laufenden Jahr? Bislang sind die konjunkturellen Signale gemischt. Doch dürfte sich die deutsche Konjunktur stabilisieren. Gut ist, dass die Inflation zurückgegangen ist. Dadurch konnte die **Geldpolitik** mit der ersten Leitzinssenkung im Juni das Bremspedal lockern. Es ist richtig, dass die Europäische Zentralbank weitere Zinsschritte von der Datenlage abhängig macht. Zu einem erneuten deutlichen Anstieg der Inflation darf es nicht kommen. Auch wenn die Konjunktur sich etwas belebt, bleiben die **wirtschaftspolitischen Herausforderungen** gewaltig. Dies belegt das schwache Wirtschaftswachstum Deutschlands im internationalen Vergleich, auch in den Prognosen für 2025. Im vergangenen Sommer nannte der Economist Deutschland zu Recht den kranken Mann Europas. Die Bürgerinnen und Bürger und der deutsche Mittelstand sind gefrustet. Sie haben – zu Recht – den Eindruck, dass die Antworten der Politik hier längst nicht ausreichen. Die Koalition hat mit dem jüngst vorgelegten **Bundshaushalt 2025** und der damit verbundenen Wachstumsinitiative zwar an den richtigen Schrauben gedreht, aber lange nicht weit genug. Die Bundesregierung muss deutlich stärker priorisieren, um den Standort Deutschland nachhaltig zu stärken. Wir brauchen eine nüchterne Wirkungsanalyse der Ausgaben, damit die öffentlichen Mittel künftig sparsamer und zielgerichteter eingesetzt werden können. So werden erhebliche – und notwendige – Mittel für Zukunftsausgaben frei.

Meine Damen und Herren, es ist eine echte wirtschaftspolitische Zeitenwende nötig, um Deutschland wieder auf die Überholspur zu bringen. Die geplante Erleichterung der

Statement

Seite 3/4

Abschreibungsbedingungen reicht bei Weitem nicht aus. Wir brauchen eine spürbare **Unternehmensteuerreform**, um die Investitionsbremse zu lösen und international nicht den Anschluss zu verlieren. Dazu gehört auch eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. So werden Arbeitsplätze für die Zukunft geschaffen. Das trägt dazu bei, die Wirtschaft zu stützen, aber auch die demokratische Mitte zu stärken. Nur eine starke Mitte und ein starkes Europa kann den Fliehkräften an den äußeren politischen Rändern die Stirn bieten.

Auch beim **Klimaschutz** ist Ernüchterung eingetreten. Deutschland hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Die Investitionen kommen aber nicht in Fahrt, was absehbar war. Im Gegenteil: 2024 werden die Investitionen von Unternehmen und von Privathaushalten in den Wohnungsbau zurückgehen. Eine Trendwende dürfte frühestens im kommenden Jahr einsetzen, aber auch das nur bei verlässlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Und auch dann werden die Zuwächse noch schwach ausfallen. Das Regierungsziel „Net Zero“ 2045 kann nur mit einem massiven Sanierungsaufwand bei Gebäuden erreicht werden, die für etwa 30 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich sind. Das bisherige Tempo bei der Sanierung reicht bei Weitem nicht aus. Ende des vergangenen Jahres lag die Sanierungsquote bei 0,72 Prozent der Gebäude und damit noch deutlich niedriger als 2022 mit 0,88 Prozent. Damit würde es mehr als 50 Jahre dauern, nur die Hälfte der Gebäude zu sanieren. Der Anteil der sanierungsbedürftigen Gebäude dürfte aber noch deutlich höher liegen. Dies zeigt die Größe der Herausforderung. Eine Voraussetzung, damit die Genossenschaftsbanken ihre Rolle als Transformationsbegleiter erfüllen können, ist übrigens der Zugang zu Gebäudedaten und Energieausweisen. Daher haben wir mit unserer Bausparkasse Schwäbisch Hall unter Beteiligung des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA) Ideen zur sofortigen Umsetzung einer öffentlich zugänglichen nationalen Gebäudedatenbank erarbeitet, die wir in Kürze veröffentlichen werden. Bereits heute unterstützen wir unsere Kundinnen und Kunden über die Plattform Wohnglück mit verschiedenen Tools und Angeboten bei der Sanierung ihrer Immobilien, die durch einen erleichterten Datenzugang noch vielfältiger werden könnten. Damit die energetischen Sanierungen noch mehr in Gang kommen, müssen zudem die Anreize über attraktivere und weniger komplexe Förderprogramme der KfW besser gesetzt werden – zum Beispiel durch Anhebung der Tilgungszuschüsse.

So wichtig es ist, den Investitionsmotor in Gang zu bringen, so wichtig ist es auch, mehr **Fachkräfte** vor Ort zu haben. Die Maßnahmen in der Wachstumsinitiative leisten einen Beitrag

Statement

Seite 4/4

zur Stärkung des Arbeitsangebots, reichen aber nicht aus. Hemmnisse bei der Zuwanderung, wie etwa bei der Visavergabe, müssen beseitigt werden. Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen für Einwanderer und Menschen mit niedrigem Bildungshintergrund leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag.

Zusätzlich brauchen wir schnell deutliche Fortschritte beim **Bürokratieabbau**. Eine positive Initiative der angekündigten Wachstumsinitiative der Bundesregierung sind die verbindlichen Praxischecks als Standard für die gesamte Bundesregierung, damit die realen Auswirkungen auf die Unternehmen besser berücksichtigt werden können. Bisher haben die Anstrengungen der Politik beim Bürokratieabbau nicht einmal den Status quo bei den Belastungen halten können. Daher sollte die Bundesregierung sich auch ein quantitatives Ziel setzen. Geeignet hierfür wäre eine Neuauflage des 25-Prozent-Bürokratiekostenabbauziels, wie es zwischen 2006 und 2011 bestand. Überbordende bürokratische Pflichten machen das Unternehmertum unattraktiv. Nicht selten sind die Bürokratielasten ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung von Unternehmern, in den Ruhestand zu gehen.

Meine Damen und Herren, wenn die Bundesregierung wirksam handelt, könnten die Klimaschutzinvestitionen künftig Fahrt aufnehmen. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken stehen als Finanzierer bereit. Zur Transformation der europäischen Wirtschaft werden enorme Summen benötigt. Daher begrüßen wir, dass die Überlegungen zu einer europäischen **Kapitalmarktunion** endlich Fahrt aufnehmen. Für die Finanzierung der Transformation brauchen wir beides: Kapitalmärkte und Banken. Banken werden auch weiterhin den Großteil der Kreditfinanzierung leisten. Wer die Finanzierung stärken will, darf Banken in ihrer wichtigen Rolle für ein wettbewerbsfähiges Deutschland nicht unnötig schwächen. Das gilt auch für die Einführung eines **digitalen Euro**, an dem wir gern mitarbeiten. Die Europäische Zentralbank sollte aber darauf achten, dass sie den Kundinnen und Kunden einen echten Mehrwert bietet, und ihr Vorhaben mit dem Einlagen- und Kreditgeschäft der Banken, die zuverlässig Privatkunden und Mittelstand versorgen, verzahnt. Das gilt ebenso für die Überarbeitung des Krisenmanagements bei in Schieflage geratenen Banken, dem sogenannten **CMDI-Review**, der nach der Sommerpause in den Trilog geht. Hier hat der Rat der Europäischen Union die Bedeutung der Institutssicherungssysteme für die Finanzstabilität deutlich besser erkannt als die Europäische Kommission und das EU-Parlament, deren Positionen die Institutssicherung durch Zwangsharmonisierung beeinträchtigen würden. Dezentrale Finanzierungsstrukturen schaffen einen resilienten Finanzmarkt, den wir für den Wandel brauchen. Das sollten wir nicht in Frage stellen. Wir sind für den Wandel gut gerüstet.